

VOM „DEMOKRATISCHEN SUDETENKOMITEE“ ZUR „AKTION WENDEPUNKT“

Zwei unbekannte Episoden aus der Geschichte der sudetendeutschen Emigration

Von Johann Wolfgang Br ü g e l

Die Akten des britischen Außenministeriums aus den Kriegsjahren enthalten einige knappe Andeutungen über zwei bisher in der Literatur — mit einer geringfügigen Ausnahme — noch nicht behandelte Episoden aus der Geschichte der sudetendeutschen Emigration, die Bemühungen der um Wenzel Jaksch (1896—1966) gescharten deutschen Sozialdemokraten widerspiegeln, sich eine über den Parteirahmen hinausreichende Einflußsphäre zu sichern. Schon zu dem relativ frühen Zeitpunkt des Februar 1940 hatte Jaksch vom Foreign Office vergeblich die Anerkennung einer solchen erst zu bildenden Körperschaft verlangt¹. Sie war als Gegengründung zu dem von Großbritannien und Frankreich anerkannten „Tschechoslowakischen Nationalausschuß“ (Vorläufer der Exilregierung) gedacht. In Jakschs Brief vom 1. Februar 1940 an Roger Makins (jetzt Lord Sherfield), Abteilungsvorstand im Central Department, hieß es:

„Wir befürchten, durch einen Beitritt zum Tschechoslowakischen Nationalausschuß die Entscheidung über die zukünftige Position der sudetendeutschen Bevölkerung vorwegzunehmen, und möchten andererseits alles vermeiden, was den Eindruck hervorrufen könnte, als würden wir uns die Entscheidung von München und infolgedessen die Eingliederung des Sudetengebietes in Großdeutschland als Grundlage unserer zukünftigen Politik zu eigen machen.

Wir würden im Gegenteil eine Gelegenheit begrüßen, zu gegebener Zeit die Zukunft Mitteleuropas unter gleichen Voraussetzungen (on equal terms) mit dem Tschechischen Nationalausschuß zu diskutieren und ... in Beziehung zu allen anderen Faktoren zu treten, die die Regelung des Sudetenproblems nach dem Fall des Naziregimes beeinflussen werden.

Wir beabsichtigen daher, ein Sudetendeutsches Freiheits- und Autonomieamt (Sudetens-German Office of Freedom and Home Rule) zu schaffen, das eine anerkannte Grundlage für eine derartige Vorbereitungsarbeit bilden könnte ... Wir hoffen, daß wir vom Foreign Office als anerkannte Auslandsorganisation der demokratischen Kräfte im Sudetengebiet akzeptiert werden.“

Die Antwort des Foreign Office war, daß man Jaksch weiter als Repräsentanten seiner Partei anerkennen wolle, worauf er seinen ursprünglichen Vorschlag zurückzog und nie wieder auf ihn zu sprechen kam.

¹ Public Record Office (PRO), London, FO 371, Volume 24291. Br ü g e l, J. W.: Tschechen und Deutsche 1939—1946. München 1974, S. 22.

Der nächste Versuch, ein überparteiliches und sich wenigstens eines gewissen Grades von Anerkennung erfreuendes Forum zu schaffen, stammt aus dem Jahre 1944. Die von Jaksch in London seit April 1940 herausgegebene Zeitschrift *Der Sozialdemokrat* veröffentlichte am 31. Juli 1944 in englischer Sprache eine Mitteilung über die Bildung eines „Democratic Sudeten Committee“² mit Wenzel Jaksch als Vorsitzendem und Emanuel Reichenberger (1888—1966) als stellvertretendem Vorsitzenden. Reichenberger und Karl von Lustig-Prean (1892—1965) waren die einzigen Nicht-Sozialdemokraten unter den Proponenten des Komitees. Reichenberger war bis 1938 Direktor des Katholischen *Volksbundes* mit dem Sitz in Reichenberg gewesen, hatte aber in der Christlichsozialen Partei ebenso wenig eine Funktion wie Lustig-Prean, der, wiewohl in Prachatitz geboren, meistens in Österreich gelebt hat und dorthin auch nach der Emigration in Brasilien zurückgekehrt ist. (Er trat dann der Sozialistischen Partei bei und starb in Wien.) Reichenberger hatte sich nach kurzem Aufenthalt in London als Pfarrer in South Dakota (USA) angesiedelt, von wo er mit Jaksch in London in Kontakt blieb. Als Komiteemitglieder wurden weiter angeführt die ehemaligen sozialdemokratischen Abgeordneten Franz Katz (1887—1955) und Eugen de Witte (1882—1952), die Parteifunktionäre Willy Wanka (geb. 1910, seit 1940 in Kanada ansässig), Ernst Paul (1897—1978), Robert Wiener (1895—1948), Richard Reitzner (1893—1963) und Heinrich Jentsch (1886—1964), die Gewerkschaftsfunktionäre Gustav Neumann (1887—1946) und Franz Rehwald (geb. 1903, lebt in Kanada) und der Genossenschaftsfunktionär Raimund Schreier (1889—1955), der nach dem Krieg Beamter des Bundeswirtschaftsministeriums in Bonn war und dort gestorben ist. Das angeschlossene *Statement of Policy* sagte u. a.:

„Our next aim is to purge the Sudeten country from Nazi gangsterism and Nazi influence, and to restore democratic institutions. All Sudeten Nazis who have committed crimes against the Czech people shall be handed over to Czech tribunals; those who are guilty of crimes against their own people shall be tried by the victims of Nazi oppression in the Sudetenland. But we object to wholesale nationalist revenge which is bound to be indiscriminate and to destroy the very foundations of a new Sudeten Democracy.“

Einer Ablehnung des Gedankens der Aussiedlung der Sudetendeutschen nach dem Kriege folgt der Vorschlag einer *Interim Solution* unter Allied Auspices³, wobei offenbar übersehen worden war, daß damit der Sowjetunion ein Mitspracherecht eingeräumt werden sollte.

Der erste Protest gegen diese Ankündigung kam in einem 14 Seiten langen Brief des letzten gewählten Generalsekretärs der Partei Siegfried Taub (1876—1946), der als Emigrant in New York lebte³. Taub war weder zur Mitgliedschaft in dem zu bildenden Komitee aufgefordert noch auch über die langwierigen, der Ankündigung vorangegangenen Verhandlungen informiert worden, sondern wurde erst durch einen Brief Jakschs vom 14. Juli vor vollendete Tatsachen gestellt. Sein

² *Der Sozialdemokrat*. London, 31. 7. 1944.

³ Taub hat seinerzeit je eine Abschrift seines Briefes und der erhaltenen Antwort dem Verfasser zur Verfügung gestellt.

Protest richtete sich nicht nur gegen seine Ausschaltung, sondern auch gegen den Inhalt der Erklärung. Jaksch antwortete in einem langen Brief, der die verspätete Benachrichtigung Taubs mit „Gefahr im Verzug“ erklärte.

Die nächste Absage kam von Lustig-Prean; er hatte seine ursprüngliche Zustimmung ohne Kenntnis der näheren Umstände gegeben und war mit dem Inhalt der Erklärung des Komitees nicht einverstanden.

Jaksch hat das „Statement of Policy“ am 1. August 1944 an Außenminister Anthony Eden mit dem Ersuchen geschickt, die Vertreter des Komitees zu empfangen⁴. Eine Abschrift hatte er Frank Roberts (als Sir Frank Roberts später Botschafter in Moskau und Bonn) zugehen lassen, der im Central Department damals für die Probleme der Tschechoslowakei zuständig war und als einziger Beamter des Foreign Office Jaksch gegenüber eine persönlich wohlwollende Haltung einnahm. In einer Aufzeichnung vom 2. September sagte Roberts, ein Empfang durch Eden oder einen leitenden Beamten des Außenministeriums komme nicht in Frage. Die Proponenten des Komitees seien „very good democrats who have suffered for their democratic faith. But this is certainly a matter in which we had better not to intervene at present“. Sir Orme Sargent, der leitende Beamte des Foreign Office, war mit Roberts nicht einverstanden und schrieb „The fact that Herr Jaksch is a good democrat does not prevent him at the same time from being a good German imperialist“. Man müsse mit den Wünschen Dr. Beneš sympathisieren „not to be saddled in his country with any good German democrats, as they are much more difficult to deal with than open reactionaries“. In einer Zwischenbemerkung setzte sich Roberts zur Wehr, indem er sich auf die Behauptungen der tschechoslowakischen Auslandsregierung stützte, sie rechne mit einer deutschen Nachkriegsbevölkerung von etwa 800 000. Roberts schrieb, daß die künftige Prager Regierung „will be saddled with 1 million Germans, including the London Germans who are as democratic as the Czechs are“. Der Streit wurde durch eine Aktennotiz von Außenminister Eden (3. September) entschieden: „Sir Orme Sargent utters a wise warning.“ Mit Schreiben vom 5. September wurde Jaksch mitgeteilt, daß Eden ihn nicht empfangen könne, und es wurde ihm geraten, sich mit dem Central Department in Verbindung zu setzen.

Obwohl Jaksch im September wieder bei Roberts vorsprach, ist er nicht mehr auf das Problem des Sudetenkomitees zurückgekommen, und die Akten des Foreign Office enthalten auch keine weitere Bezugnahme auf dieses Projekt. In seinem Buch „Europas Weg nach Potsdam“⁵ sagt Jaksch nicht mehr als das Folgende über diese Episode:

„Im August 1944 wurde ... das Demokratische Sudetenkomitee gebildet ... In einem Appell an die Außenminister der freien Völker, der in englischer, französischer und spanischer Sprache verbreitet wurde, befürwortete das Komitee eine Interimslösung bis zur Friedenskonferenz.“

Ein letzter, nicht mehr auf überparteilicher Ebene unternommener Versuch, sich

⁴ PRO, FO 371, Vol. 38923.

⁵ J a k s c h, Wenzel: Europas Weg nach Potsdam. Schuld und Schicksal im Donauraum. Stuttgart 1958, S. 405.

in das Geschehen einzuschalten, erfolgte in einem Schreiben von Jaksch an Frank Roberts vom 1. Februar 1945⁶. Unter dem Schlagwort „Aktion Wendepunkt“ war ein Rundfunkappell an die Deutschen in der Heimat geplant. Jaksch wußte nicht, daß Roberts inzwischen zum Geschäftsträger bei der Britischen Botschaft in Moskau ernannt worden war. Der Brief war ihm dorthin nachgesandt worden und gelangte erst nach Rücksendung zur Kenntnis des Foreign Office. Die entscheidenden Stellen daraus lauten:

„As for the future of the Sudetenpopulation we have now a feeling that decisions may be taken on a higher level of inter-Allied deliberations. However, we believe that a tiny chance of preventing the worst is still left if the anti-Nazi element in the Sudeten districts (mainly in the mining areas) could, in a decisive hour, act simultaneously with the masses in the Czech interior.

Such a coordinated action would save much bloodshed and destruction, and it might create a situation favourable for a future constructive solution. At any rate, we feel it our duty to do our utmost to give a signal for a new development. For this purpose our Party Executive has prepared the text of a 'turning-point appeal' of which I enclose an English translation.

I am aware that even so modest a request (for transmitting the appeal over the BBC) may raise problems of complications in view of the attitude of the Czechoslovak Government. On the other hand, our preparatory actions seem to be well in line with the general interest of the Allied Powers to shorten the war. It might also shorten the sufferings of the Czech people.

In view of the urgency of the matter, I should be much obliged if you could help us to obtain permission to broadcast the proposed appeal over the BBC from the competent authorities.“

Beigeschlossen wurde folgender Text eines von Wenzel Jaksch, Richard Reitzner, Eugen de Witte, Franz Katz, Heinrich Jentsch, Gustav Neumann, Willy Wanka und Hubert Leinsmer gezeichneten Appells (Leinsmer, ein 1897 in Komotau geborener Journalist, ist 1962 in Kanada gestorben.):

„Our appeal calls for refusal of obedience to leaders of Nazi party from Asch to Jägerndorf. Only this can avert from you the impending doom. The fate of our people and our homeland hangs on a last thin thread. In your name have Konrad Henlein, Karl Hermann Frank, Hans Krebs, Franz May and their accomplices heaped crime upon crime. The name and the repute of the Sudetengermans are laden with shame before the civilised world. You have only the choice between standing before the tribunal of the peoples for the atrocities of a Karl Hermann Frank in Prague and of an Ernst Kundt⁷ in Poland, or breaking away from them at the last hour.

Do not be active in the 'Volkssturm', don't be a tool in the oppression of a Czech popular rising. Should you be ordered to shoot at Czech fighters for liberty,

⁶ PRO, FO 371, Vol. 47083.

⁷ Ernst Kundt (1897—1947) war von 1935—1938 Abgeordneter der Sudetendeutschen Partei im Prager Parlament. Im Krieg war er Gouverneur von Radom in Polen. Er wurde im Februar 1947 in Prag zum Tode verurteilt und hingerichtet.

reverse your rifles. Obstruct with all your power the Nazi's plans to start a civil war. Make common cause with the foreign workers in factories and pits.

We call on the peasants, the clergy, and above all, the Germans in the Protectorate, to conceal and shelter endangered opponents of the Nazi regime. You, the Germans in the Protectorate, have to make many amends. Any further support of the Nazi regime spells certain disaster . . .

Only your deeds, hastening the downfall of Hitler's tyranny, will count before the coming judgement of humanity . . .

Too long already have sacrifices in blood and tears been made for Hitler's and Henlein's hopeless war . . .

Every victim that falls for liberty will be avenged. Every Gestapo-Officer, every SS-man, every Nazi official who still dares to touch a fighter for freedom will be exterminated . . . He who refuses to listen to us now digs the grave of his homeland and his own . . . Nothing can save you but your own determination to revolt."

Eine Aktennotiz von Miss Gatehouse (24. Februar) führt aus, daß angesichts der Pläne der tschechoslowakischen Regierung für eine Vertreibung der großen Mehrheit der sudetendeutschen Bevölkerung auf die geäußerten Wünsche nicht eingegangen werden könne. Ein Brief von Denis Allen (4. März) an Jaksch sagt einfach:

"I am afraid that we could not agree to the broadcasting of such an appeal in present circumstances."

Das war das letzte in dieser Sache gesprochene Wort.